

Lewis Hinchman

Die Auflösung egalitärer Gesellschaftsstrukturen

Robert Reich und Paul Krugman, Ökonomen und Vordenker der Demokratischen Partei in den USA, beschäftigen sich in ihren jüngsten Büchern mit dem gleichen Thema: der Auflösung der egalitären Gesellschaftsstrukturen der Nachkriegszeit. Sie zeigen, wie der geteilte Wohlstand und parteiübergreifende Konsens des »demokratischen Kapitalismus« von einer Ära wachsender Unsicherheit, Ungleichheit, und Polarisierung abgelöst wurde. Das eindrucksvolle Wachstum der US-Wirtschaft seit etwa 1980 ist vorwiegend den Wohlhabenden zugute gekommen, während die Interessen der Allgemeinheit an wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Schutzmaßnahmen vernachlässigt worden sind. Diese Trends rückgängig zu machen, würde weitreichende Reformen – beispielsweise eine gewerkschaftsfreundliche Gesetzgebung und eine universelle Krankenversicherung – voraussetzen, was allein die Demokratische Partei erreichen könnte. Trotz des gemeinsamen Ansatzes weichen die Autoren in bestimmten Punkten voneinander ab; bei scheinbar kleinen Divergenzen geben sie grundverschiedene Erklärungen für den Verfall des egalitären Wirtschafts- und Sozialsystems der Nachkriegsjahre.

Lieber »Schnäppchen« als soziale Verantwortung?

Reich, gegenwärtig Volkswirtschaftler an der Universität von Kalifornien, Berkeley, und ehemaliger Arbeitsminister in der Clinton-Regierung, nennt die Blütezeit des demokratischen Kapitalismus ein »nicht ganz goldenes Zeitalter«. Die Wirtschaft ist damals um 2,5 - 3 % pro Jahr gewachsen; zudem nahmen fast alle Erwerbstätigen durch höhere Löhne und großzügige, vom



Lewis Hinchman

(* 1946) ist Professor für Politikwissenschaft an der Clarkson University in Potsdam/New York.

hinchman@clarkson.edu

Arbeitgeber mitfinanzierte Nebenleistungen wie Krankenversicherung und Renten am steigenden Wohlstand teil. Das reale mittlere Familieneinkommen verdoppelte sich zwischen 1947 und 1973. Aber ein derartiges sozial ausgewogenes Wachstum hing auch mit geschichtlich einmaligen Faktoren zusammen: unter anderem dem beschränkten Wettbewerb, informellen Preisabsprachen, flächendeckenden Tarifverträgen und staatlicher Regulierung bestimmter Industrien.

Dieses Zeitalter war allerdings nie ganz golden. Oligopole erschwerten Innovationen und führten zu hohen Preisen. Trotzdem hätten die USA in diesen Jahren, Reich zufolge, »das Gemeinwohl annäherungsweise erreicht«. Warum aber wurde dieses anscheinend stabile, egalitäre Wirtschaftssystem aufgegeben? Reich antwortet auf diese Frage anders als Krugman. Er verspottet die üblichen *politischen* Erklärungen: etwa die Erstarkung des Neoliberalismus oder die zunehmende soziale Verantwortungslosigkeit amerikanischer Unternehmen. Stattdessen verweist er auf technische und ökonomische Wandlungen, die die bequemen Geschäftspraktiken von ehemals unterminiert hätten. Zu diesen zählen u.a. der Einsatz der Containerlogistik sowie die Verbreitung von Computern und globalen Versorgungsketten. Diese hätten wiederum die Automation, die Entindustrialisierung, und den globalen Wettbewerb beschleunigt.

wohl abfinden, sondern dass wir uns für ein Programm der demokratischen Reformen einsetzen sollten. Aber seine Analyse bietet wenig Hoffnung. Superkapitalistische Firmen beherrschten die Politik; den Bürgerverbänden, die deren Einfluss austarieren könnten, haperte es an Geld und Macht. Schlimmer noch, wie Reich seinen Lesern klarmacht: »Sie und ich sind mitschuldig.« Wir zögen so großen Nutzen aus dem Aktienboom, billigen Flugpreisen und *Wal-Mart*-Schnäppchen, dass wir sie nie freiwillig aufgeben würden. Deswegen, so fasst er zusammen, »können wir nie den demokratischen Kapitalismus des nicht ganz goldenen Zeitalters wiederherstellen und sollten es nicht einmal versuchen«, da unabwendbare technologische und ökonomische Trends dessen Untergang besiegelt hätten.

Allmählich hätten solche Entwicklungen die älteren oligopolistischen Strukturen unterminiert. Unter dem Druck aggressiver Konkurrenten und ungeduldiger Investoren waren die Geschäftsleitungen immer mehr bestrebt, ihre Kosten durch »unsoziale« Maßnahmen jeglicher Art zu senken. Laut Reich ist es auch richtig so, denn Unternehmen existieren, um den Gewinn zu maximieren. Sie sollen uns lieber »Schnäppchen« und innovative Produkte anbieten, als sich sozial verantwortlich gebärden.

In ihrer Rolle als Investoren hätten die meisten Amerikaner auch von dieser Innovationswelle profitiert. Aber die Bürgerinteressen seien zunehmend aus den Augen verloren worden. Konzerne hätten ihren wieder aufkeimenden Wettbewerbseifer durch Lobbying und massive Parteispenden in die politische Arena hineingetragen. Das Gemeinwohl sei unter dem Druck der Interessen der Großkonzerne und Verbände ins Hintertreffen geraten. Das sei, so Reich, die neue Wirklichkeit des »Superkapitalismus«. Er empfiehlt nicht, dass wir uns mit dem Tausch des wirtschaftlichen Vorteils gegen Nachteile für das Gemein-

Erosion der gesellschaftlichen Normen und Institutionen

Krugman, Volkswirtschaftslehrer an der Princeton University, widerspricht dieser Schlussfolgerung mit einem Argument, das er selbst als »volkswirtschaftliche Häresie« bezeichnet. Im Gegensatz zum deterministischen Dogma der Berufsökonomien könnten politische Umbrüche – in diesem Fall der Aufstieg des rechten Flügels der Republikanischen Partei und des Neoliberalismus – sehr wohl die Vermögensverteilung entscheidend beeinflussen, vielleicht sogar noch stärker als der technologische und strukturelle Wandel selbst. Der vergleichsweise hohe Grad der sozialen Gerechtigkeit, den die Amerikaner zwischen 1947 und 1973 genießen durften, sei weder zufällig noch vom Markt vorgezeichnet gewesen. Er sei vielmehr eine unmittelbare Folge der Reformen der Sozial- und Steuerpolitik des *New Deal*, der Preis- und Lohnkontrollen der Kriegszeit, sowie des parteiübergreifenden Nachkriegskonsensus über die Notwendigkeit eines Wohlfahrtsstaates. Aber ab den frühen 70er Jah-

ren habe der rechte Flügel der Republikanischen Partei allmählich die Grundlagen des Egalitarismus der Nachkriegszeit unterminiert. Wie war das möglich? Wie Krugman meint, steckten in erster Linie weder die Technologie oder die sinkende Nachfrage nach ungelernter Fabrikarbeit noch die Globalisierung – die üblichen Verdächtigen – hinter Amerikas Rutsch in die soziale Ungerechtigkeit. Verantwortlich sei vielmehr »die Erosion der gesellschaftlichen Normen und Institutionen, die einst die soziale Gerechtigkeit förderten«. Der rechte Flügel der Republikanischen Partei habe diese institutionellen Barrieren gegen extreme soziale Ungleichheit dermaßen geschwächt, dass nun in den USA wesentlich die plutokratischen Bedingungen der 20er Jahre wiederhergestellt seien.

Wer hat Recht?

Gewichtige Argumente unterstützen die »Normen- und Institutionen«-Interpretation Krugmans. Da der technologische Wandel auf Volkswirtschaften überall in der Welt im gleichen Maße einwirkt, müsste man eine Zunahme der Ungleichheit in allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften erwarten, wenn die Analyse von Reich zuträfe. Aber das ist eben nicht der Fall. Wie Krugman kommentiert: »Amerika ist einzigartig.« Angesichts eines ähnlichen technologischen und ökonomischen Druckes haben andere Länder wie die BRD bisher eine Rückkehr zur extremen Ungleichheit verhindert. Die Theorie der »Normen und Institutionen« kann also die Divergenzen zwischen den USA und anderen OECD-Ländern erklären, da jene die einzige Gesellschaft ist, in der die neoliberalen Kräfte die Hemmungen, die früher die extrem ungleiche Verteilung in Grenzen hielten, abgebaut haben. Insbesondere haben die Republikaner wiederholt Steuersätze für die reichsten Amerikaner herabgesetzt, was allmählich die soziale Ungleichheit

verschärft, indem es einen ehemals wirksamen Umverteilungsmechanismus fast zunichte gemacht hat. Darüber hinaus haben Republikanische Regierungen zusammen mit ihren Verbündeten in der Wirtschaft die Gewerkschaftsbewegung fatal geschwächt. Krugman notiert, dass zwischen 1960 und 1999 die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Kanada fast gleich geblieben ist (rund 30 %), während in Amerika in der gleichen Zeitspanne diese Ziffer von über 30 % auf nur 13,5 % gefallen ist. Da die USA und Kanada ähnliche, miteinander verflochtene Volkswirtschaften haben, könne die Divergenz allein durch politische Faktoren erklärt werden.

Eine Umkehr ist möglich

Krugmans Analyse erweckt die Hoffnung, dass eine erfolgreiche progressive Koalition den anti-egalitären Trend doch noch umkehren könnte, z.B. – als erster Schritt – durch Einführung einer universellen Krankenversicherung. Das alleine könnte das angeschlagene Image des Sozialstaates rehabilitieren und den Weg zu weiteren Reformen ebnen, die irgendwann zu einer Wiederbelebung des sozial gerechten demokratischen Kapitalismus führen könnten. Wir seien doch nicht Gefangene unpersönlicher ökonomischer Kräfte. Politische Reformen können die Spielregeln dauerhaft verändern. Leider übersieht Krugman, wie wackelig auch die europäischen Sozialstaaten geworden sind. Die Politik gibt uns zwar einen gewissen Spielraum, aber der ist nicht unbegrenzt, wie Reich zweifellos einwenden würde.

Robert Reich: Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Campus, Frankfurt a.M. 2008, 328 S., € 24,90.

Paul Krugman: Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten. Campus, Frankfurt a.M. 2008, 320 S., € 24,90.